



**SPD Landesverband Berlin  
Kreis Pankow**

**Wahlperiode 2018 bis 2020**

**1. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)**

**14. April 2018**

**Beschlussbuch**

**ANT 001/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 13/Prenzlauer Berg Nordost**

**18.01.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Schluss mit Outsourcing bei Städtischen Wohnungsbaugesellschaften  
– Bericht über den Stand der Umsetzung**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Berlin fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Landesregierung und die sozialdemokratischen Mitglieder der Aufsichtsräte der städtischen
- 3 Wohnungsbaugesellschaften und der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf, bis zum
- 4 Landesparteitag II/2018 zu berichten, welche Aktivitäten ergriffen wurden, um outgesourcte
- 5 Hausmeisterstellen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften wieder in reguläre
- 6 Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, die keine prekären Beschäftigungsverhältnisse (wie
- 7 Minijobs, Werkverträge, Teilzeit und Leiharbeit, o.ä.) beinhalten und damit den Antrag 36/II/2014
- 8 umzusetzen.

**Begründung:**

Wohnungsbaugesellschaften in Landesbesitz wie die Howoge und Gewobag haben leider in den letzten Jahren keine Aktivitäten zur Rückführung der extern ausgegliederten Hausmeisterdienste unternommen. Allein bei der Gewobag wurden beispielsweise ca. 200 Beschäftigte im Bereich Technik aus dem Gewobag-Konzern ausgegliedert und verkauft.

Die Situation bei der CFM beim Landesunternehmen Charité zeigt, dass durchaus Privatisierungen durch Einfluss des Gesellschafters Berlin im Sinne von „Guter Arbeit“ korrigiert werden können. Nur Hausmeister\*innen, welche im Konzernverbund einer Wohnungsbaugesellschaft beschäftigt sind, verfügen über entsprechende Akzeptanz und Durchsetzungskompetenz in der städtischen Wohnungsanlage, wo sie eingesetzt werden.

**ANT 002/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 14/Bötzowviertel**

**09.02.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Einführung von online-organisierten Themenforen**

- 1 Jedes Parteimitglied soll sich unbürokratisch in einer festgelegten Anzahl an Online-Themenforen
- 2 beteiligen können. Dazu werden Themenforen zu verschiedenen Politikbereichen (z. B. Arbeit,
- 3 Umwelt, Digitales) eingerichtet, die jedes Parteimitglied einsehen darf. Jedes Themenforum
- 4 entscheidet für sich, wieviele Unterforen eingerichtet werden und auch, inwiefern sich diese
- 5 zeitlich und inhaltlich beschränkt oder unbeschränkt für Nicht-Themenforenmitglieder oder gar
- 6 Nicht-Parteimitglieder öffnet.
- 7
- 8 Die Online-Themenforen sollen nicht nur die konkrete inhaltliche Sacharbeit an Texten
- 9 ermöglichen. Vielmehr sollen diese auch der Vernetzung dienen, in dem Online-Konferenzen,
- 10 Chats, aber auch klassische Konferenzen vor Ort ermöglicht werden.
- 11
- 12 Der Parteivorstand stellt hauptamtliches Personal und Budget bereit, die die Themenforen in
- 13 organisatorischen und administrativen Belangen unterstützen.
- 14
- 15 Der SPD-Parteivorstand wird damit beauftragt, ein Konzept der technischen und konzeptionellen
- 16 Umsetzung dem Bundesparteitag vorzulegen.

**Begründung:**

Die Möglichkeit der Themenforen wurden bis jetzt nicht so genutzt, dass die Mehrheit der Partei daran teilhaben kann. Die ortsgebundene Arbeit in Ortsvereinen entspricht nicht der Lebensrealität vieler (insbesondere jüngerer) Mitglieder. Viele Mitglieder möchten sich konkret inhaltlich beteiligen. Online-Themenforen erfüllen mehrere Zwecke:

- Sie ermöglichen die Teilhabe an politischen Prozessen direkt ab Beginn der Mitgliedschaft und sind ortsungebunden möglich.
- Sie zeigen die Kompetenzen innerhalb der Partei auf. Durch die Themenforen werden sich Mitglieder beteiligen, die aufgrund unterschiedlicher Gründe bis jetzt nur passive Mitglieder waren.
- Sie ermöglichen die Vernetzung von SPD-Mitgliedern über die klassischen regionalen Grenzen hinaus.

Online-Themenforen müssen auch mit politischer Macht und Kompetenzen ausgestattet werden, um den Vorwurf der Scheinbeteiligung ausdrücklich zu entkräften. Dies wird durch das Antragsrecht für den Bundesparteitag sichergestellt.

Um eine „Flutung“ des Bundesparteitages mit Anträgen zu verhindern, müssen Anträge aus den Themenforen eine Mehrheit innerhalb der auf der Plattform aktiven Genossinnen und Genossen finden. Nur so ist eine Gleichberechtigung von Anträgen aus den Themenforen und von den Landesverbänden sicherzustellen.

**ANT 003/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 01/Niederschönhausen-Blankenfelde**

**02.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Türkisches Vorgehen in Nordsyrien verurteilen**

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Bundesminister\*innen auf:  
2 - sich für die sofortige Beendigung der türkischen Militäroffensive gegen die Kurd\*innen  
3 einzusetzen  
4 - Menschenrechte zum Maßstab sozialdemokratischer Politik zu machen - nicht die  
5 politischen Interessen der türkischen Regierung  
6 - sich für eine Ächtung der Gewalt gegenüber der kurdischen Bevölkerung und anderer  
7 Minderheiten innerhalb der Türkei und Nordsyrien einzusetzen  
8 - keine weiteren deutschen Waffenexporte in die Türkei zu genehmigen  
9 - sofort Schutzzonen in Nordsyrien zu schaffen und dort humanitäre Hilfsprogramme  
10 einzuleiten  
11 - finanzielle Hilfeleistungen für die Türkei nur zweckgebunden zur Unterstützung von  
12 Geflüchteten zu gewähren.

13 Die Türkei, vertreten durch ihren Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, führt im Norden Syriens  
14 einen Angriffskrieg gegen die kurdische Bevölkerung. Deren bewaffnete Kräfte, die YPG, waren  
15 lange Zeit Verbündete der Internationalen Allianz gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS)  
16 und haben großen Anteil an der fortschreitenden Zerschlagung des IS. In diesem Zusammenhang  
17 wurden sie von Bündnispartner\*innen Deutschlands, u.a. den USA, mit Waffen ausgestattet.

18 Die Türkei stuft die YPG als Terrororganisation ein und nutzt dies als Argument, um militärisch  
19 gegen die kurdische Bevölkerung in Syrien vorzugehen. Nach Berichten von  
20 Menschenrechtsorganisationen werden gezielt zivile Einrichtungen von der türkischen Armee  
21 angegriffen, sodass auch Alte und Kinder unter den Opfern sind. Die Türkei beabsichtigt, ihren  
22 Einfluss in der Region auf Kosten der kurdischen Bevölkerung auszubauen und agiert dabei  
23 völkerrechtswidrig.

24 Bei den Kampfhandlungen kommen auf türkischer Seite auch deutsche Leopard-2-Panzer zum  
25 Einsatz. Somit verwendet die Türkei Waffen deutscher Hersteller, deren Verkauf an den NATO-  
26 Partner teilweise durch sozialdemokratische Minister genehmigt wurden. Durch diese Verwicklung  
27 in den Konflikt tragen die sozialdemokratischen Bundesminister\*innen besondere Verantwortung  
28 dafür, sich für ein sofortiges Ende aller Kampfhandlungen einzusetzen.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**ANT 004/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 06/Alt-Pankow**

**02.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
  - Der Landesparteitag möge beschließen:**
  - Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktion auf Landesparteitagen der Berliner SPD - Selbstverpflichtung**

- 1 Die SPD Pankow fordert ihre Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften auf, keine Mitglieder des
- 2 Abgeordnetenhauses, des Bundestages, des Europaparlaments, des Berliner Senats, der
- 3 Bezirksämter sowie der Bundesregierung mehr als Delegierte mit Stimmrecht für den
- 4 Landesparteitag zu nominieren. Die Kreisdelegierten mögen Kandidaturen für
- 5 Landesparteitagsdelegiertenmandate bei Wahlen nicht berücksichtigen, soweit das
- 6 Landesorganisationsstatut für die vorgenannten Personengruppen bereits eine Anbindung als
- 7 Delegierte mit beratender Stimme vorsieht.

**Begründung:**

Der Antrag strebt eine Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktionen auf Landesparteitagen der Berliner SPD an. Amts- und Mandatsträger\*innen sollen dem Parteitag nicht mehr mit Stimmrecht angehören. Dadurch wird die Parteibasis gestärkt, da keine Volldelegiertenplätze mehr von Amts- und Mandatsträger\*innen besetzt werden, die bisher einen nennenswerten Anteil der Volldelegierten stellen. Durch die Trennung wird die Unabhängigkeit der Partei von Regierung, Parlament und Verwaltung betont. Die Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften werden aufgefordert, keine der genannten Personen mehr als Delegierte mit Stimmrecht zu nominieren, die Delegierten zur KDV, entsprechende Kandidaturen nicht zu berücksichtigen. Um dennoch eine Anbindung der genannten Personen an die Willensbildungsprozesse auf dem Landesparteitag aufrechtzuerhalten, ist § 15\* Abs. 2 des Organisationsstatuts der Berliner SPD um weitere Personenkreise (Europaabgeordnete, Mitglieder der Bezirksämter, Mitglieder der Bundesregierung) zu ergänzen. Ein entsprechender statutenändernder Antrag liegt ebenfalls vor.

**ANT 005/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 06/Alt-Pankow**

**02.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktion auf Landesparteitagen  
der Berliner SPD – Aufforderung an die Kreise**

- 1 Der Landesverband der Berliner SPD fordert im Sinne einer Trennung von Amt/Mandat und
- 2 Parteifunktionen die Kreise auf, keine Mitglieder des Abgeordnetenhauses, des Bundestages, des
- 3 Europaparlaments, des Berliner Senats, der Bezirksämter sowie der Bundesregierung mehr als
- 4 Delegierte mit Stimmrecht für den Landesparteitag zu wählen, soweit das
- 5 Landesorganisationsstatut für die vorgenannten Personengruppen bereits eine Anbindung als
- 6 Delegierte mit beratender Stimme vorsieht.

**Begründung:**

Der Antrag strebt eine Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktionen auf Landesparteitagen der Berliner SPD an. Amts- und Mandatsträger\*innen sollen dem Parteitag nicht mehr mit Stimmrecht angehören. Dadurch wird die Parteibasis gestärkt, da keine Volldelegiertenplätze mehr von Amts- und Mandatsträger\*innen besetzt werden, die bisher einen nennenswerten Anteil an den Volldelegierten stellen. Durch die Trennung wird die Unabhängigkeit der Partei von Regierung, Parlament und Verwaltung betont. Die Kreise werden aufgefordert, keine der genannten Personen mehr als Delegierte mit Stimmrecht zu wählen. Um dennoch eine Anbindung an die Willensbildungsprozesse auf dem Landesparteitag zu aufrechtzuerhalten, ist ggf. § 15\* Abs. 2 des Organisationsstatuts der Berliner SPD um weitere Personenkreise (Europaabgeordnete, Mitglieder der Bezirksämter, Mitglieder der Bundesregierung) zu ergänzen.

**ANT 006/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 06/Alt-Pankow**

**02.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktion auf Landesparteitagen der Berliner SPD – Statutenänderung**

- 1 § 15\* des Organisationsstatuts der SPD Berlin wird wie folgt geändert:  
2 1. Abs. 2:  
3  
4 • Tauschen der Reihenfolge von Buchstabe c) und d)  
5 • Einfügen eines neuen Buchstabens f) mit folgendem Inhalt: „die Berliner  
6 Abgeordneten des Europaparlaments“  
7 • Bisheriger Buchstabe f) wird Buchstabe g)  
8 • Einfügen eines neuen Buchstabens h) mit folgendem Inhalt: „die  
9 sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksämter (Bezirksstadträte und  
10 Bezirksbürgermeister\*innen)“  
11 • Einfügen eines neuen Buchstabens i) mit folgendem Inhalt: „die Berliner Mitglieder  
12 der Bundesregierung“  
13  
14 2. Abs. 1:  
15 Hinzufügen eines Satzes 3 mit folgendem Inhalt:  
16 Die unter Abs. 2 d)-i) genannten Personen können dem Parteitag nicht als Delegierte mit  
17 Stimmrecht angehören.

**Begründung:**

Der Antrag strebt eine Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktionen auf Landesparteitagen der Berliner SPD an. Amts- und Mandatsträger\*innen sollen dem Parteitag nicht mehr mit Stimmrecht angehören, jedoch als Delegierte mit beratender Stimme weiterhin beteiligt werden. Dadurch wird die Parteibasis gestärkt, da keine Volldelegiertenplätze mehr von Amts- und Mandatsträger\*innen besetzt werden, die bisher einen nennenswerten Anteil an den Volldelegierten stellen. Durch die Trennung wird die Unabhängigkeit der Partei von Regierung, Parlament und Verwaltung betont. Da Vertreter\*innen aus diesem Bereich sich weiterhin in die Willensbildung innerhalb der Partei einbringen sollen, werden alle Amts- und Mandatsträger\*innen gleichermaßen als Delegierte mit beratender Stimme berücksichtigt und müssen kein Volldelegiertenmandat mehr anstreben, um sich auf dem Parteitag einbringen zu können. Da bisher Europaabgeordnete, Bezirksstadträte und Bezirksbürgermeister\*innen sowie Berliner Mitglieder der Bundesregierung nicht automatisch auch Delegierte mit beratender Stimme auf dem Landesparteitag sind, wird in § 15\* Abs. 2 für diese Personengruppen analog den bisher dort schon genannten Personengruppen neu geregelt, dass sie dem Parteitag mit beratender Stimme angehören.

**ANT 007/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 06/Alt-Pankow**

**02.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktion auf Bundesparteitag  
der SPD – Gliederungen/Selbstverpflichtung**

- 1 Die SPD Pankow fordert ihre Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften auf, keine Mitglieder des
- 2 Abgeordnetenhauses, des Bundestages, des Europaparlaments, des Berliner Senats, der
- 3 Bezirksämter, der Bundesregierung sowie Staatssekretäre auf Bundes- und Landesebene mehr
- 4 als Delegierte mit Stimmrecht für den Bundesparteitag zu nominieren, soweit das
- 5 Organisationsstatut der SPD für die vorgenannten Personengruppen bereits eine Anbindung als
- 6 Delegierte mit beratender Stimme ermöglicht.
- 7 Der Kreis verpflichtet sich, selbst keine derartigen Nominierungen vorzuschlagen. Die
- 8 Kreisdelegierten sind angehalten, entsprechende Nominierungen für
- 9 Bundesparteitagsdelegiertenmandate nicht zu berücksichtigen. Die Landesdelegierten aus der
- 10 Delegation der SPD Pankow sind angehalten, entsprechende Kandidaturen für
- 11 Bundesparteitagsdelegiertenmandate bei Wahlen nicht zu berücksichtigen.

**Begründung:**

Der Antrag strebt eine Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktionen auf Bundesparteitag der SPD an. Amts- und Mandatsträger\*innen sollen dem Parteitag nicht mehr mit Stimmrecht angehören. Dadurch wird die Parteibasis gestärkt, da keine Volldelegiertenplätze mehr von Amts- und Mandatsträger\*innen besetzt werden, die bisher einen nennenswerten Anteil der Volldelegierten stellen. Durch die Trennung wird die Unabhängigkeit der Partei von Regierung, Parlament und Verwaltung betont. Die Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften werden aufgefordert, keine der genannten Personen mehr als Delegierte mit Stimmrecht zu nominieren, die Delegierten zur KDV, entsprechende Kandidaturen bei ihren Nominierungen nicht zu berücksichtigen. Die Pankower Mitglieder des Landesparteitags sind aufgefordert, entsprechende Kandidaturen für Bundesparteitagsdelegiertenmandate bei Wahlen nicht zu berücksichtigen. Um dennoch eine Anbindung der genannten Personen an die Willensbildungsprozesse auf dem Bundesparteitag aufrechtzuerhalten, ist § 15 Abs. 2 des Organisationsstatuts der Bundes-SPD ggf. auf geeignete Weise um weitere Personenkreise zu ergänzen.

**ANT 008/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 06/Alt-Pankow**

**02.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktion auf Bundesparteitagen  
der SPD – Aufforderung an Kreise/Selbstverpflichtung**

- 1 Der Landesverband der Berliner SPD fordert im Sinne einer Trennung von Amt/Mandat und
- 2 Parteifunktionen die Kreise auf, keine Mitglieder des Abgeordnetenhauses, des Bundestages, des
- 3 Europaparlaments, des Berliner Senats, der Bezirksämter, der Bundesregierung sowie
- 4 Staatssekretäre auf Bundes- und Landesebene mehr als Delegierte mit Stimmrecht für den
- 5 Bundesparteitag zu nominieren, soweit das Organisationsstatut der SPD für die vorgenannten
- 6 Personengruppen bereits eine Anbindung als Delegierte mit beratender Stimme ermöglicht.
- 7 Der Landesverband verpflichtet sich, selbst keine derartigen Nominierungen vorzuschlagen. Die
- 8 Landesdelegierten sind angehalten, entsprechende Kandidaturen für
- 9 Bundesparteitagsdelegiertenmandate bei Wahlen nicht zu berücksichtigen.

**Begründung:**

Der Antrag strebt eine Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktionen auf Bundesparteitagen der SPD an. Amts- und Mandatsträger\*innen sollen dem Parteitag nicht mehr mit Stimmrecht angehören. Dadurch wird die Parteibasis gestärkt, da keine Volldelegiertenplätze mehr von Amts- und Mandatsträger\*innen besetzt werden, die bisher auf Bundesebene einen nennenswerten Anteil an den Volldelegierten stellen. Durch die Trennung wird die Unabhängigkeit der Partei von Regierung, Parlament und Verwaltung betont. Die Kreise werden aufgefordert, keine der genannten Personen mehr als Delegierte mit Stimmrecht zu nominieren, die Delegierten zum Landesparteitag, entsprechende Kandidaturen bei ihren Nominierungen nicht zu berücksichtigen. Um dennoch eine Anbindung der genannten Personen an die Willensbildungsprozesse auf dem Bundesparteitag aufrechtzuerhalten, ist § 15 Abs. 2 des Organisationsstatuts der Bundes-SPD ggf. auf geeignete Weise um weitere Personenkreise zu ergänzen.

**ANT 009/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 06/Alt-Pankow**

**02.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktion auf Bundesparteitagen der SPD – Aufforderung an Kreise/Selbstverpflichtung**

- 1 Der Parteivorstand wird aufgefordert, dem nächsten Parteitag einen statutenändernden Antrag
- 2 vorzulegen, der eine Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktionen auf Bundesparteitagen
- 3 vorsieht. Der Antrag soll regeln, dass Mitglieder der Landesparlamente, des Bundestages, des
- 4 Europaparlaments, hohe Wahlbeamte sowie Mitglieder der Landesregierungen, der
- 5 Bundesregierung und Staatssekretäre auf Bundes- und Landesebene nicht mehr Delegierte mit
- 6 Stimmrecht für den Bundesparteitag sein können. Im Gegenzug ist § 15 Abs. 2 des
- 7 Organisationsstatuts so zu ändern, dass Personen aus allen hier benannten Gruppen in
- 8 angemessener Weise mit beratender Stimme am Willensbildungsprozess auf dem Parteitag
- 9 beteiligt werden. Für den Parteikonvent soll analog ein Antrag mit gleicher Zielstellung vorgelegt
- 10 werden.

**Begründung:**

Der Antrag strebt eine Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktionen auf Bundesparteitagen und Bundeskonventen der SPD an. Amts- und Mandatsträger\*innen sollen dem Parteitag nicht mehr mit Stimmrecht angehören. Jedoch sollen sie als Delegierte mit beratender Stimme in angemessener Weise und angemessenem Umfang weiterhin beteiligt werden. Dadurch wird die Parteibasis gestärkt, da keine Volldelegiertenplätze mehr von Amts- und Mandatsträger\*innen besetzt werden, die bisher einen nennenswerten Anteil der Volldelegierten stellen. Durch die Trennung wird die Unabhängigkeit der Partei von Regierung, Parlament und Verwaltung betont. Da Vertreter\*innen aus diesem Bereich sich weiterhin in die Willensbildung innerhalb der Partei einbringen sollen, ist durch eine Änderung von § 15 Abs. 2 des Organisationsstatuts eine angemessene Anbindung weiterhin sicherzustellen.

**ANT 010/01**

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**19.02.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Vorwärts mit der politischen Bildung in Pankow**

1 Für die Sozialdemokratie als gesellschaftliche Bewegung ist es doppelt wichtig, Treiberin  
2 politischer Bildung zu sein. Einerseits weil es unser Auftrag ist, die Menschen im philosophischen  
3 Sinne aufzuklären. Dies bedeutet, wir wollen der Vernunft als universelle Urteilsinstanz, mit der  
4 man sich von althergebrachten, starren und überholten Vorstellungen und Ideologien auch gegen  
5 den Widerstand von Tradition und Gewohnheitsrecht befreien will, weiter Bahn brechen. Dazu  
6 gehörte im Zeitalter der Aufklärung, als Quelle aus der sich unsere Bewegung speist, der Kampf  
7 gegen Vorurteile und die Hinwendung zu den Naturwissenschaften und das Plädoyer für religiöse  
8 Toleranz. Gesellschaftspolitisch zielte die Aufklärung auf mehr persönliche Handlungsfreiheit  
9 (Emanzipation), Bildung, Bürgerrechte, allgemeine Menschenrechte und das Gemeinwohl als  
10 Staatspflicht. Diesen Werten fühlen wir uns auch heute noch eng verbunden.

11  
12 Andererseits streben wir grundsätzlich einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einer solidarischen  
13 sozialistischen und pluralistischen Gesellschaft an, in der jeder Mensch tatsächlich gleiche  
14 Chancen und ein gleiches Maß an politischer Freiheit und Wohlfahrt genießt. Dazu ist es  
15 notwendig, den Staat zum Hauptgaranten für soziale Gerechtigkeit und Solidarität zu machen.  
16 Das heißt Wurzeln von sozialer Ungleichheit zu beseitigen und für alle bewusst eine materielle  
17 Umverteilung anzustreben. Dies kann man jedoch nur mit aufgeklärten Genoss\*innen erreichen,  
18 die auf dieser Grundlage fundierte Wissensdiskussionen führen und Entscheidungen treffen.

19  
20 Als Bewegung sind wir auf aufgeklärte Menschen und sozialdemokratisch gebildete Menschen  
21 angewiesen, um die Gesellschaft mit ihnen umgestalten zu können. Die Grundlage dafür ist  
22 politische Bildung, die wir zukünftig weiter stärken wollen. Eine demokratische Gestaltung unserer  
23 Gesellschaft setzt Erziehung zur Demokratie voraus.

24  
25 Der Kreisverband der SPD Pankow stärkt die politische Bildung.

26 Konkrete Umsetzung

27

- 28 1. Wir begrüßen die Einführung des verpflichtenden Schulfachs „Politik“ an den Berliner  
29 Schulen der Sekundarstufen I und II durch den sozialdemokratisch geführten Senat  
30 Berlins, insbesondere unter maßgeblicher Beteiligung unserer sozialdemokratischen  
31 Senatorin Sandra Scheeres und des Landeschülerausschusses.

32

- 33 2. Darüber wollen wir die politische Bildung im oben genannten Sinne im Bezirk Pankow  
34 stärken, durch:
- 35 • den qualitativen und quantitativen Ausbau und die Förderung der politischen und  
36 gesellschaftlichen Bildungsangebote der Volkshochschule Pankow,
  - 37 • die Förderung der politischen Bildung der Träger der Wohlfahrtspflege sowie der  
38 Kinder- und Jugendhilfe und
  - 39 • die Unterstützung und Förderung der demokratischen Kinder- und  
40 Jugendverbandsarbeit.
  - 41 • Hierfür geschaffene Stellen müssen tarifgebunden und in Vollzeit eingerichtet  
42 werden.
- 43
- 44 3. Zudem wollen wir uns als Partei wieder mehr in der politischen Bildung engagieren, über  
45 Anforderungen an andere Institutionen hinaus. Wir wollen:
- 46 • die Erinnerungsarbeit ausbauen,
  - 47 • die politische Bildung vermehrt zum Thema in unseren Abteilungen und  
48 Arbeitsgemeinschaften machen,
  - 49 • die Funktion der Bildungsbeauftragten stärken,
  - 50 • eine Datenbank von Referent\*innen zu verschiedenen Bildungsthemen erstellen,
  - 51 • die Mitglieder unseres Kreisverbandes verstärkt für ein Engagement als  
52 Bildungsarbeiter\*innen gewinnen,
  - 53 • mehr Mittel für sozialdemokratische Bildungsarbeit mobilisieren sowie
  - 54 • Eine engere Zusammenarbeit in der politischen Bildung der SPD Pankow mit  
55 Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiter\_innenfamilie wie AWO, DGB-  
56 Gewerkschaften und Falken.
- 57
- 58 4. Daher begrüßen wir die Gründung der Sozialistischen Bildungsgemeinschaft Pankow  
59 unter dem Vorsitz unseres ehemaligen Kreisvorsitzenden Hans Misselwitz, die sich als Teil  
60 der sozialdemokratischen Familie versteht und in der Tradition der sozialdemokratischen  
61 Bildungsinstitutionen steht. Mit ihr wollen wir eine enge Zusammenarbeit.  
62

### **Begründung:**

Angesichts der zunehmenden Verunsicherung in unserer Gesellschaft durch Uminterpretierung von Fakten in Gefühlslagen ist erste Pflicht der politischen Bildung, erklären zu können, was geschieht. Es geht um die Aufklärung über tatsächliche Ereignisse und begriffliche Zusammenhänge sowie wirkmächtige Personen, nicht um alternative Wahrheiten. Darüber hinaus muss die Erkenntnis um die eigene und gruppenbezogene Position in den Verteilungskonflikten vermittelt werden, zu denen auch rivalisierende Welterklärungen gehören.

Zu den wesentlichen Voraussetzungen, sich nicht ohnmächtig zu fühlen, gehört das Verständnis von demokratischen Aushandlungsprozessen im parlamentarischen System sowie das Wesen unseres demokratischen und föderalen Sozialstaats. Unabdingbar ist die Kenntnis der Stellung der Parteien, wie die Mütter und Väter des Grundgesetzes sie in unserer Verfassung verankert haben: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ (Art. 21 GG).

Kritik am Kapitalismus ist erst möglich, wenn man ihn versteht. Theorien sind nicht nur hierbei, sondern auch für die Einordnung von Fakten, unerlässliche Hilfen. Theoriefeindlichkeit ist der Anfang vom Ende der Gesellschaftskritik. Glücklicherweise bieten Geschichte und Gegenwart der sozialdemokratischen Arbeiter\*innenbewegung viele hilfreiche Ansätze, die scheinbar trockenen Theoriediskussionen auch an Beispielen zu verdeutlichen.

Unsere Genoss\*innen müssen auch als Multiplikator\*innen in ihrem Umfeld in der Lage sein, die (teils scheinbar) komplexen Entscheidungsprozesse in unserem Parteiensystem und in einer globalisierten Welt leicht erklären zu können. Dieses Wissen erhält man jedoch nicht automatisch mit der Parteimitgliedschaft, sondern muss erarbeitet werden. Die Sozialdemokratie und auch unser starker Kreisverband bietet hier einen reichhaltigen Schatz an erfahrenen Genoss\*innen, die hier bei der Wissensvermittlung mitarbeiten können.

Die Verunsicherung bei den Menschen in unserer Republik nimmt zu und prägt bei einem größer werdenden Anteil der Bevölkerung auch das Wahl- und Organisationsverhalten. Die Zustimmung zu einer rechtskonservativen bis rechtspopulistischen Partei oder die Angst, betriebliche Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen, sind unter anderem Anzeichen hierfür. Die steigende Verunsicherung liegt auch in einem unzureichenden Verständnis über die Funktionsweise unseres Gesellschaftssystems mit seiner Wirtschafts- und Sozialordnung begründet. Das ist wenig verwunderlich: Politische, wirtschaftliche Entscheidungsprozesse und Globalisierung, globale Flucht und Vertreibung sowie Digitalisierung sind immer schwerer nachvollziehbar und schüren Ängste vor Veränderungen. Gesellschaftlicher Fortschritt und Wohlstand für die Mehrheit der Menschen in unserem Land scheinen angesichts einer zunehmenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Spaltung immer weniger realistisch. Statt sicherer Perspektiven und Aufstiegschancen ist der Abstieg in Armut für abhängig Beschäftigte, aber auch für Kleinunternehmer\*innen jederzeit wieder möglich.

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dokumentiert die politische Ungleichheit in unserer Republik: Einkommensarme Menschen wünschen sich in einer Vielzahl von Fällen andere Entscheidungen in der Politik als ihre besserverdienenden Mitbürger\*innen. Dies gilt vor allem für die Sozial-, aber auch für die Wirtschafts- und Außenpolitik. Politische Entscheidungen stimmen tendenziell mit den Einstellungen höherer Einkommensgruppen überein. Gleichzeitig ist für einkommensarme Gruppen entweder keine systematische Übereinstimmung oder sogar ein negativer Zusammenhang festzustellen. Was Bürger\*innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollen, so der Bericht, hatte seit 1998 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden. „In Deutschland beteiligen sich Bürger\*innen mit unterschiedlichem Einkommen nicht nur in sehr unterschiedlichem Maß an der Politik, sondern es besteht auch eine klare Schieflage in den politischen Entscheidungen zulasten der Armen. Damit droht ein sich verstärkender Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und ungleicher Responsivität, bei der sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden und sich deshalb von der Politik abwenden – die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert. Das für die USA nachgewiesene Muster von systematisch verzerrten Entscheidungen trifft auch auf Deutschland zu. (Lea Elsässer, Svenja Hense, Armin Schäfer: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Endbericht. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Osnabrück 2. Juni 2016, S. 43.)

Voraussetzung für praktische Solidarität ist, die eigene persönliche und gemeinschaftliche Stellung und den Charakter unserer Gesellschaft zu erkennen. Wir leben im Kapitalismus. Geprägt ist dieser Kapitalismus von habituellen Unterschieden und von Verteilungskonflikten, in dem die Unterdrückung von Arbeitnehmer\*innen- und Gewerkschaftsrechten auf der Tagesordnung stehen. Dies ist ebenso kritikwürdig wie Armut, Ressourcenverschwendung sowie die ständige Verschleierung der Systemprobleme und Sozialstrukturen. Auf internationaler Ebene geschieht ähnliches, nur noch komplexer. Das Weltsystem wirkt durch die Überbetonung ethnischer und religiöser Konflikte noch bedrohlicher, weil es weniger rational ist. Ursachen und Erscheinungsformen werden gerne verwechselt und damit Zusammenhänge verschleiert. Nur selten werden sie so offenbar wie durch rasante Gewinne der Modebranche in Mitteleuropa, die allein durch miserable Arbeitsbedingungen in Südostasien möglich sind. Die Frage nach dem eigenen persönlichen und gruppenbezogenen Standort im kapitalistischen Weltsystem darf nicht unbeantwortet bleiben und ist Grundlage für ein neues politisches Bewusstsein. Dahin zu kommen, ist kein Automatismus, sondern erfordert eine Renaissance der politischen Bildung.

**ANT 013/01**

Antrag Nr.

**Jusos Pankow**

**03.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Automatische Information bei Eintritt, Zuzügen und Abgängen von Nur-Juso-Mitgliedern einführen**

- 1 Der SPD-Landesvorstand setzt sich dafür ein, dass ein automatisiertes Verfahren geschaffen
- 2 wird, mit dem die Juso-Kreisverbände über Eintritte, Zuzüge und Abgänge von sogenannten „Nur-
- 3 Jusos“ analog dem heutigen Verfahren bei SPD-(Gast)Mitgliedern informiert werden. Bis zur
- 4 Etablierung dieses Verfahrens, das ggf. Änderungen an der Mitgliederdatenbank MAVIS
- 5 erforderlich macht, trägt der SPD-Landesverband anderweitig dafür Sorge, dass die Juso-Kreise
- 6 zeitnah über Eintritte, Zuzüge und Abgänge von „Nur-Jusos“ informiert werden.

**Begründung:**

Aktuell erhalten die Juso-Kreisvorsitzenden bzw. jeweils ein Mitglied des Juso-Sprecher\*innenrates auf Kreisebene bei Eintritten, Zuzügen und Abgängen von SPD-Mitgliedern und SPD-Gastmitgliedern im Juso-Alter eine automatisierte MAVIS-Meldung („Datenbestandsänderung“) per Mail. Dies ermöglicht den Kreisen eine zeitnahe Ansprache neuer Mitglieder. Bisher nicht erfasst von diesem Verfahren sind jedoch die sogenannten Juso-Unterstützer\*innen bzw. Nur-Juso-Mitglieder. Bei ihrem Eintritt erhalten die Kreise aktuell keine Nachricht, so dass leider eine zielgerichtete Betreuung und Ansprache nicht möglich ist. Dies ist besonders bedauerlich, da diese Mitglieder explizit nur bei den Jusos eintreten, dann von den Kreisen aber nicht zeitnah kontaktiert und zur Teilnahme im Juso-Kreis eingeladen werden können. In der Vergangenheit wurde (dank Initiative einzelner Mitarbeiter\*innen im KSH) die Kreisebene händisch postalisch bzw. per Mail über Neueintritte informiert. Dies ist seit einiger Zeit jedoch leider nicht mehr der Fall. Für die Juso-Kreise bleibt somit nur der periodische Vergleich von ausgedruckten Mitgliederlisten, um herauszufinden, ob und welche „Nur-Jusos“ zwischenzeitlich eingetreten oder zugezogen bzw. auch wieder ausgetreten oder weggezogen sind. Dies ist nicht nur zeitaufwendig, sondern lässt letztlich keine schnelle und professionelle Betreuung von Nur-Jusos auf Kreisebene zu. Dadurch erreichen die Kreise potenziell sehr interessierte junge Leute erst spät, manchmal zu spät. Deshalb sollte eine Lösung gefunden werden, bei denen die Kreise automatisiert über Neueintritte, Zuzüge und Abgänge von Nur-Jusos informiert werden. Bis diese Lösung etabliert ist, sollte zumindest wieder – im Zweifel wie früher händisch – anderweitig im Landesverband dafür Sorge getragen werden, dass zeitnah eine Information an die Juso-Kreise erfolgt.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**01. KDV am 14.04. 2018**

**WP 2018 bis 2020**

**ANT 020/01**

Antrag Nr.

**AsF Pankow**

**03.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Gegen Kriminalisierung von Ärztinnen und Ärzte –  
für die weibliche Selbstbestimmung!**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags werden aufgefordert, den Gesetzesentwurf
- 2 der SPD Bundestagsfraktion vom 11.12.2017 zur Abschaffung des §219a StGB in den Bundestag
- 3 einzubringen und dessen Umsetzung mit höchsten Engagement voranzutreiben!

**Begründung:**

Seit 1933 gibt es den §219a. Er ist ein Relikt aus der NS-Zeit, der mit dem stark zugenommenen Rechtsruck in unserer Gesellschaft in jüngster Zeit in verstärktem Maße missbraucht wird, um Ärztinnen und Ärzte zu kriminalisieren, die Informationen für einen Schwangerschaftsabbruch in Broschüren und auf ihren Webseiten anzubieten.

Militante Abtreibungsgegner\_innen hat es seit jeher gegeben, doch sie waren selten so gut organisiert und finanziell ausgestattet, wie heute:

Deshalb muss der Gesetzesentwurf zur Abschaffung des §219a JETZT Umsetzung finden, damit Ärztinnen und Ärzte keine Angst haben müssen, wenn sie über Schwangerschaftsabbrüche informieren und weibliche Dramen durch unsachgemäße Abtreibungsversuche, aufgrund der nicht sichtbaren ärztlichen Hilfsangebote, vermieden werden.

**ANT 021/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 14 Bötzwoviertel**

**03.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Eine politische Lösung für Katalonien im europäischen Rahmen**

- 1 Die Führung der SPD unterstützt den politischen Dialog, der auf eine friedliche Lösung des
- 2 Konfliktes zwischen der spanischen Zentralregierung und Katalonien unter dem Dach der EU im
- 3 Sinne eines fairen Interessenausgleichs abzielt.

**Begründung:**

Das Gerichtsurteil zur (vorläufigen) Freilassung von Carles Puigdemont in Deutschland hat Handlungsspielraum für einen politischen Dialog zur Konfliktlösung zwischen der spanischen Zentralregierung und Katalonien eröffnet. Vor diesem Hintergrund sollte die SPD ihre politischen Kontakte in der EU nutzen, um einen solchen Dialog zu befördern bzw. zu unterstützen.

**ANT 022/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 12 Helmholtzplatz**

**03.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Solidarität mit den Warnstreiks im öffentlichen Dienst**

- 1 In diesen Tagen streiken tausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Auch nach zwei
- 2 Verhandlungsrunden gibt es immer noch kein Angebot der Arbeitgeber.
- 3
- 4 Warum der öffentliche Dienst in Berlin es wert ist, gestärkt zu werden, zeigen viele bekannte
- 5 Beispiele. Seit Jahren hinkt die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst anderer Branchen
- 6 hinterher. Dabei ist die Wertschöpfung der kommunalen und landesweiten Betriebe/Haushalte
- 7 durchaus positiv. Es gibt endlich Verteilungsspielräume.
- 8
- 9 Die SPD Pankow steht an der Seite der Beschäftigten und unterstützt ihren gewerkschaftlichen
- 10 Einsatz für mehr Lohn.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**ANT 023/01**

Antrag Nr.

**Jusos Pankow**

**03.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**  
**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Neugestaltung der sozialen Sicherung jetzt!**

- 1 Wir begrüßen den Vorstoß von Michael Müller zum solidarischen Grundeinkommen und die  
2 Debatte, die wir insgesamt über die Neugestaltung der Sozialgesetzgebung führen werden.  
3 Uns sind bei der Ausgestaltung der neuen Systeme der sozialen Sicherung diese Grundsätze  
4 wichtig:
- 5 • Niemand darf weniger als einen Grundbetrag bekommen, der für Lebenshaltungskosten  
6 und soziale Teilhabe eindeutig ausreicht. Die Grundbedürfnisse sind jedem Menschen  
7 aufgrund seiner Menschenwürde zu gewähren. Jede\*r hat darüber hinaus ein Recht auf  
8 soziale Teilhabe! Die Regelsätze müssen deswegen neu berechnet werden und das Recht  
9 auf soziale Teilhabe anerkannt werden. „Anreize“ dürfen nur durch zusätzliche Leistungen  
10 zum Grundbetrag gesetzt werden. Sanktionen, die dieses kürzen, bedeuten, dass  
11 Menschen zu einem entwürdigenden Leben gezwungen werden. Daher lehnen wir auch  
12 das bestehende Sanktionssystem ab.
  - 13 • Arbeit kann und soll sinnstiftend sein – allerdings soll sich Arbeit auch immer lohnen,  
14 daher sollte jedwede Tätigkeit, die im Sinne des solidarischen Grundeinkommens erbracht  
15 wird, ein Gehalt ermöglichen, welches eindeutig über dem Existenzminimum liegt. Zudem  
16 entspricht eine Aufnahme einer Tätigkeit im Sinne des solidarischen Grundeinkommens  
17 dem Wunsch und dem Bedürfnis der\*s Mitbürgerin\*s, in der Gesellschaft aktiv  
18 mitzuwirken. Daher muss von der Gesellschaft von jeglicher Sanktion des  
19 Existenzminimums während und im Anschluss der Tätigkeit abgesehen werden,  
20 unabhängig vom Erfolg der Tätigkeit. Auch darf die Ablehnung einer Aufnahme einer  
21 Tätigkeit im Sinne des sozialen Grundeinkommens nicht zu Sanktionen des  
22 Existenzminimums führen.
  - 23 • Durch öffentlich geförderte Beschäftigung darf kein neuer Niedriglohnsektor im öffentlichen  
24 Dienst entstehen. Außerdem dürfen reguläre Arbeitsplätze nicht ersetzt werden, z. B.  
25 Schulhausmeister\*innen; Erzieher\*innen in Jugendfreizeiteinrichtungen etc.
  - 26 • Durch SGE-Stellen dürfen keine Tarifverträge unterlaufen werden. Die Einrichtung der  
27 Stellen ist deshalb auch unter den Tarifparteien von TVöD und TV-L zu koordinieren. Die  
28 Auswirkungen auf das Tarifsysteem sind in Begleitstudien zu untersuchen.
  - 29 • Gute und qualifizierte Arbeit ist wichtig! Schulhausmeister\*innen und Erzieher\*innen in  
30 Jugendfreizeiteinrichtungen beispielsweise brauchen bestimmte Qualifizierungen, auf die  
31 in diesem Fall Schul- und JFE-Träger, Schüler\*innen und Jugendliche bauen. Auch bei  
32 Arbeitsplätzen des solidarischen Grundeinkommens muss darauf geachtet werden, dass  
33 Personen den übernommenen Aufgaben gerecht werden können.
  - 34 • Qualifizierung hat Vorrang: wer sich weiterqualifizieren möchte, um auf dem ersten  
35 Arbeitsmarkt bessere Chancen zu haben, dem muss dies ermöglicht werden. Hier müssen  
36 bestehende Hürden konsequent abgebaut werden. In diesem Zusammenhang sind auch  
37 Modelle wie das „Arbeitslosengeld Q“ noch einmal zu diskutieren.

- 38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52
- Menschen, die besondere Unterstützung und Hilfestellung benötigen, müssen diese erhalten, unabhängig davon, ob sie ein – wie auch immer gestaltetes - solidarisches Grundeinkommen in Anspruch nehmen können oder wollen. Zu den möglichen Unterstützungsleistungen zählen z. B. psychosoziale Betreuung, Schuldner\*innenberatung, Beratungs- und Hilfsangebote bei (psychischen) Erkrankungen etc.
  - In Berlin ist insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor auf erschreckend hohem Niveau. Gerade bei jungen Menschen unter 25 Jahren gilt: Qualifizierung, Berufsausbildung und Integration in den ersten Arbeitsmarkt müssen absoluten Vorrang vor anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten haben! Hier ist zu diskutieren, wie die Jugendberufsagenturen gestärkt und die Möglichkeiten des Zusammenwirkens der unterschiedlichen Rechtskreise (SGB II, III und VIII) verbessert werden können.
  - Der Kreisvorstand Pankow wird aufgefordert bis zur Kreisdelegiertenversammlung im September eigene Ideen zu entwickeln.

**Begründung:**  
erfolgt mündlich

**ANT 024/01**

Antrag Nr.

**Antragskommission**

**03.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Neumitglieder wertschätzen und gut in die Partei aufnehmen**

1 Wir wollen, dass Neumitglieder zeitnah in die SPD aufgenommen werden. Dies muss  
2 binnen eines Monats erfolgen. Wichtig ist dabei, dass die Abläufe bei der  
3 Neumitgliederbegrüßung koordiniert erfolgen und sich die einzelnen Gliederungsebenen  
4 auf einen gemeinsamen Prozess einigen. Die derzeit herrschende E-Mail-Flut und  
5 Abfragen seitens aller Gliederungen wirkt auf Neumitglieder demotivierend und  
6 verwirrend. Vielmehr müssen Informationen und Angebote so aufbereitet sein, dass  
7 Neumitglieder zur Mitarbeit motiviert werden.

8  
9 Die Abteilungen spielen die zentrale Rolle bei der Aufnahme neuer Mitglieder und der  
10 Ansprache dieser. Die Abteilungen sollen im Prozess der Neumitgliederaufnahme  
11 gestärkt werden und als erste Anlaufstelle fungieren. Auch deshalb halten wir Abteilungen  
12 und Arbeitsgemeinschaften mit einer nennenswerten Anzahl neuer Mitglieder an,  
13 regelmäßig einen Neumitgliederstammtisch oder ähnliche Veranstaltungen für die Gruppe  
14 der Neumitglieder auszurichten.

15  
16 Die Aufnahme und Begrüßung neuer Mitglieder wird wie folgt gewährleistet:

17 Auf Abteilungsebene:

- 18 • Die Begrüßung der Neumitglieder soll möglichst persönlich erfolgen. Die  
19 Abteilungen einigen sich hierfür auf ein Verfahren. Ein Patenmodell ist ebenfalls zu  
20 begrüßen.
- 21 • Die Übergabe des Parteibuches hat würdevoll und zeitnah zu erfolgen.
- 22 • Die Abteilungen organisieren abwechslungsreiche Angebote, die möglichst viele –  
23 so auch Neumitglieder – anspricht statt im alten Trott zu verharren.

24  
25 Folgende Angebote für Neumitglieder sind im Rahmen eines Neumitgliederkonzepts zu  
26 definieren und zu koordinieren:

27 Auf Kreisebene:

- 28 • Regelmäßige Neumitgliedertreffen mehrmals im Jahr.
- 29 • Persönliche Begrüßung per Mail/ Brief mit allen wichtigen Informationen, „1x1 der  
30 SPD Pankow“.

31 Auf Landesebene:

- 32 • Begrüßungsschreiben vom Landesverband mit Informationen zur Abteilung, in der  
33 das neue Mitglied eingeführt wird.
- 34 • Einladung zu einem Neumitgliedertreffen auf Landesebene innerhalb der ersten  
35 sechs Monate der Mitgliedschaft.

- 36 • Einladung zu einem Seminarangebot mit Informationen zum Einstieg in die aktive  
37 Parteiarbeit auf Landesebene innerhalb der ersten sechs Monate der  
38 Mitgliedschaft.
- 39 • Angebote mit aktiven Parteimitglieder sowie Amts- und Funktionsträgern ins  
40 Gespräch zu kommen, um ggf. den Einstieg in die politischen Handlungsfelder  
41 jenseits der eigenen Abteilung zu bekommen (nach ca. neun bis zwölf Monaten  
42 Mitgliedschaft).
- 43 Auf Bundesebene:
- 44 • Neumitgliederpaket vom Parteivorstand, das auch die Mitgliedskarte enthält

**Begründung:**  
erfolgt mündlich

**ANT 025/01**

Antrag Nr.

**Antragskommission**

**03.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Landesparteitage und Bundesparteitage interessanter und partizipativer gestalten**

- 1 Für die Durchführung von Landes- und Bundesparteitagen wird ein Leitbild verabschiedet,  
2 welches folgende Kernelemente enthält:  
3  
4 • Ausufernde Generaldebatten sind zu vermeiden. Die Dominanz durch  
5 Redebeiträge der Parteispitze und vereinbarte Grußworte wird eingeschränkt  
6 (max. 1 Stunde).  
7 • Zwei Drittel der Parteitage sollen künftig für die Antragsberatungen aufgewendet  
8 werden, bei Parteitag mit satzungsgemäßen Wahlen gilt mindestens ein Drittel.  
9 • Die Praxis, Anträge aus den Gliederungsebenen durch nach Antragschluss  
10 eingereichte Leitanträge der Vorstände zu erledigen, ist zu beenden.  
11 • Mit der Einberufung der Parteitage sind thematische Schwerpunkte zu  
12 veröffentlichen, zu denen intensiver diskutiert wird. Reden der Parteispitzen und  
13 vereinbarte Grußworte sollen sich in der Regel auf diese Schwerpunkte beziehen.  
14 • Statutenändernde Anträge, die eine Zweidrittelmehrheit aller Delegierten - nicht  
15 nur der Anwesenden - benötigen, müssen am Anfang der Parteitage behandelt  
16 werden.  
17 • Die Mitglieder der Kreise sollen nach den Parteitag die Möglichkeit erhalten, mit  
18 den entsendeten Delegierten ins Gespräch zu kommen und die vergangenen  
19 Parteitage zu reflektieren.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**ANT 026/01**

Antrag Nr.

**Antragskommission**

**03.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Antragskommission auf Landesebene**

- 1 Für die Antragskommission bei Landesparteitagen gilt ein Leitbild, das insbesondere  
2 folgende Punkte berücksichtigt:  
3  
4 • Mehr Zeit zwischen Veröffentlichung der Antragsbücher und dem ersten Treffen  
5 der Antragskommission, damit genügend Zeit zur Beratung bleibt.  
6 • Empfehlungen oder Kompromissfassungen der Antragskommission werden  
7 separat nach jeder Sitzung der Antragskommission zur Verfügung gestellt, die  
8 finalen Empfehlungen und Fassungen müssen in einem zeitlichen Abstand zum  
9 LPT geschehen, der eine ausreichende Besprechung in den Delegationen vorher  
10 möglich macht (z.B. 1 Woche).  
11 • Nicht die Empfehlung der Antragskommission, sondern der Antrag wird  
12 abgestimmt, die Antragskommission kann wie andere Gliederungen  
13 Änderungsanträge einbringen.  
14 • Auch Anträge, die in der Konsensliste enthalten sind, sollen durch die  
15 Antragsteller\*in eingebracht werden und einzeln abgestimmt werden können,  
16 insbesondere wenn sie zum Themenschwerpunkt passen.  
17 • Antragsfristen gelten auch für Vorstände Anträge, die den Delegierten nicht in den  
18 Antragsbüchern zugehen und keinen Initiativcharakter haben, werden strikt nicht  
19 behandelt.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**01. KDV am 14.04. 2018**

**WP 2018 bis 2020**

**ANT 027/01**

Antrag Nr.

**Antragskommission**

**03.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Redeliste bei KDV und LPT**

- 1 Mitglieder, die noch nicht das Wort hatten, werden in der Redeliste vor denen einsortiert,
- 2 die bereits geredet haben. Die Geschlechterquote ist davon unbeeinflusst. (Doppelt
- 3 quotierte Redeliste).

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**ANT 028/01**

Antrag Nr.

**Antragskommission**

**03.03.2018**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Fachausschüsse und Arbeitskreise auf Landesebene**

- 1 • Öffnung der Fachausschüsse und Arbeitskreise für alle interessierten Mitglieder,  
2 mehr Transparenz in der Arbeit der Fachschüsse und Arbeitskreise und bessere  
3 Kommunikation an die Mitglieder. Es muss für die Mitglieder  
4 nachvollziehbar/sichtbar sein, wer in welchen Fachausschüssen mitarbeitet.
- 5 • Der Landesverband informiert zukünftig die Mitglieder regelmäßig über die  
6 Beteiligungsmöglichkeiten in den Fachausschüssen und Arbeitskreisen auf  
7 Landesebene.
- 8 • Fachausschüsse und Arbeitskreise sollen sich nach Antragsüberweisung zeitnah  
9 mit den überwiesenen Anträgen beschäftigen und dem LPT konstruktive  
10 Vorschläge zum Umgang mit den Anträgen machen. Geschieht das zum  
11 wiederholten Male nicht, wird der Fachausschuss/ der Arbeitskreis aufgelöst.
- 12 • Die Fachausschüsse und Arbeitskreise werden angehalten, bei der Wahl Ihrer  
13 Vorstände zukünftig die Quote zu beachten.

**Begründung:**

erfolgt mündlich